Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonnirt man bei den Zeitungs-Spediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher: Amt 6, Nr. 3248.

Inserate nimmt die Expedition der Zeitung und die Inseraten-Bureaux zum Preise von 40 Pfg. pro fünfspaltene Petitzeile entgegen. Einsendungen für die Zeitung sind nicht an eine Person, sondern an die Redaktion zu adressiren. Gleichzeitige Angabe des Honorars wird erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 280. [38. Jahrgang.] **Mittwoch den 30. November 1898.** **[38. Jahrgang.] Nr. 280.**

Für den Monat **Dezember** werden bei allen Reichs-Postanstalten Abonnements auf die

„Norddeutsche Allgemeine Zeitung"

zum Preise von 1 Mark 34 Pf. entgegengenommen; — in Berlin in der Expedition Wilhelmstraße 32, außerdem bei sämmtlichen Zeitungs-Spediteuren; — in Potsdam bei A. Pusch, Kanal 19.

Berlin, den 29. November.

Politischer Tagesbericht.

Mit Bezug auf Mittheilungen, welche von einigen Blättern aus einem **Erlaß des Staatssekretairs v. Podbielski** über das Verhältniß der Post- und Telegraphenbehörden zu ihren nachgeordneten Beamten gebracht werden, sind wir in der Lage, jenen Erlaß nachstehend in seinem ganzen Wortlaut wiedergeben.

„Berlin, 28. Oktober 1898.

An die kaiserlichen Ober-Postdirektionen.

In jüngster Zeit hat in mehreren Fällen das Disziplinarverfahren auf Dienstentlassung gegen Beamte eingeleitet werden müssen, deren unkundbare Anstellung verfügt worden war, obwohl ihr Verhalten bereits wiederholt zu ernstem Einschreiten Veranlassung gegeben und die Erwägung, ob von dem Rechte der Dienstkündigung Gebrauch zu machen sei, nahe gelegt hatte. Die dadurch bedingten Unzuträglichkeiten wären vermieden worden, wenn wie ich es für die Zukunft erwarte, vor der Verfügung einer jeden lebenslänglichen Anstellung auf die gesammte dienstliche und außerdienstliche Führung des Beamten oder Unterbeamten zurückgegangen und die Verleihung der Unkündbarkeit von dem Ergebniß einer vorgeklärten Prüfung des gesammten dienstlichen und außerdienstlichen Verhaltens des Beamten abhängig gemacht worden wäre.

Im Weiteren ist es mir aufgefallen, daß Beamte und Unterbeamte, die sich nach ihrer Führung oder ihren Leistungen für den Postdienst nicht geeignet gezeigt hatten, nicht immer rechtzeitig aus dem Dienste entlassen worden sind. Zum Nachtheil für den Dienst und zur Belästigung ihrer Mitarbeiter sind solche Beamte in unangebrachter Nachsicht Jahre lang im Dienste geduldet worden, bis endlich ihre Entlassung zu einer Zeit nicht mehr zu umgehen war, wo es dem Entlassenen weit schwerer werden mußte, in einem anderen Berufe Beschäftigung und Fortkommen zu finden, als dies bei einer Entlassung in jüngeren Lebensjahren der Fall gewesen wäre.

Ich wünsche, daß derartige Mißstände in Zukunft vermieden werden.

Mit einer ernsten Aufrechthaltung der Dienstzucht, die sich nicht scheut, mit fester Hand einzugreifen, wo es gilt, unlauterer und ungeeigneter Elemente von dem kaiserlichen Dienste fernzuhalten, muß strenge Gerechtigkeit gegen die Untergebenen und wohlwollende Förderung ihrer Interessen gepaart sein.

Verständige persönliche Anliegen und Wünsche der Beamten und Unterbeamten müssen jederzeit bei den Vorgesetzten williges Gehör und insoweit Erfüllung finden, als diese mit den dienstlichen Einrichtungen und der Rücksicht auf das übrige Personal vereinbar ist. Vorschläge, welche die Art und Beschäftigung, die Lage und dienstlichen Verhältnisse der Beamtenschaft betreffen, werden einer verständnißvollen Prüfung zu unterziehen sind, soweit sie zweckmäßig erscheinen, höheren Orts zum Vortrag zu bringen sein.

Der schriftliche Verkehr der Vorgesetzten mit ihren Beamten ist auf das Mindestmaß herabzusetzen. Durch unmittelbaren persönlichen Verkehr wird es den Vorgesetzten, insbesondere den Amtsvorstehern, gelingen, in enger Fühlung mit ihrem Personal zu bleiben, selben berechtigte Wünsche kennen und würdigen zu lernen und Untergebene, die in ihren Leistungen oder ihrem Verhalten den zu stellenden Ansprüchen nicht genügen, auch in solchen Fällen auf den richtigen Weg zurückzuführen, wo Strafen versagen würden.

Selbstverständlich muß der Verkehr der Vorgesetzten mit den Untergebenen sich in angemessenen, das Eingefühl nicht verletzenden Formen bewegen, wie dies ja in meiner Genehmigung im Allgemeinen überall in meinem Ressort als die erste Pflicht der Vorgesetzten erkannt ist.

Die kaiserlichen Ober-Postdirektionen haben die vorstehenden Eröffnungen zur Kenntniß der Amtsvorsteher zu bringen.

Im Uebrigen erwarte ich von den Ober-Postdirektionen, daß sie da, wo in den Verkehrsanstalten immer noch zu viel geschrieben wird, zu viel bureaukratische Einseitigkeit oder Engherzigkeit zu bemängeln ist, mit Nachdruck auf die Weckung eines frischen und angeregten amtlichen Lebens hinzuwirken wissen werden.

v. Podbielski."

Die „Deutsche Tageszeitung" hat in den letzten Tagen folgende Nachricht gebracht:

„. . . Auch der **Major v. Wissmann** wurde, weil er durch sein energisches, aber selbstloses Auftreten im Interesse unserer deutschen Kolonialwirthschaft gewissen Leuten unbequem geworden war, mit einem **Kolonialskandal à la Dr. Peters** bedroht. Nur durch die Wachsamkeit und das Dazwischentreten einiger treuer Berether und Freunde des um unsere Kolonieen hochverdienten Mannes wurde jener Plan im Keime erstickt. . . ."

Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Nachricht jeder thatsächlichen Grundlage entbehrt und sich als eine rein tendenziöse Erfindung kennzeichnet.

Der Fall Picquart in der Kammer.

Gestern hat in der französischen Deputirtenkammer die mit großer Spannung erwartete Berathung der zu der Angelegenheit Picquart eingebrachten Anfragen stattgefunden. Das Ergebniß der Debatte war ein mit großer Mehrheit gefaßter, die Haltung der Regierung, wie sie durch Dupuys Erklärung gekennzeichnet war, — billigender Beschluß. Ueber den Verlauf der Verhandlung ist nachstehender telegraphischer Bericht eingetroffen:

Das Haus ist stark besetzt; es herrscht lebhafte Bewegung. Präsident Deschanel theilt mit, daß zwei Interpellationen über die Picquart-Angelegenheit angemeldet seien. Ministerpräsident Dupuy verlangt sofortige Diskussion. Fournière (Soz.) beantragt Vertagung der Kammer auf eine halbe Stunde, um den Republikanern die Möglichkeit zu geben, sich mit den Gruppen des Senats ins Einvernehmen zu setzen. Nach namentlicher Abstimmung wird der Vertagungsantrag mit 252 gegen 244 Stimmen abgelehnt. Während der Vornahme der namentlichen Abstimmung treten die Bureaus der Gruppen der Linken zusammen, um den Versuch zu machen, eine Basis für gemeinsames Vorgehen herzustellen.

Der radikale Deputirte Bos begründet sodann seine Interpellation und sagt, in der Angelegenheit Dreyfus sei das Moment der „bona fides" vorhanden gewesen, in der Angelegenheit Picquart aber gäbe es nur „mala fides". (Heftige Unterbrechungen.) Redner giebt einen Ueberblick über die Angelegenheit Picquart, hebt dabei besonders Entfernung nach Tunis hervor und fragt sodann den Kriegsminister Freycinet, weshalb er sich der Zusammenberufung des Kriegsgerichts zum 12. Dezember nicht widersetzt habe. Redner verliest mehrere Abschnitte des Militair-Gesetzbuchs, durch welche nach seiner Meinung dieses Recht dem Kriegsminister gegeben wird. (Unterbrechungen auf der Rechten.) Bos beschuldigt sodann Zurlinden, der die Revision verfrechen habe, des Wortbruchs (heftige Unterbrechungen) und schließt unter Berufung auf die Schreiben der Gelehrten, welche gegen die Verfügung Zurlindens protestiren, mit der Aufforderung, die Regierung solle das Kriegsgericht veranlassen, sich bis zur Entscheidung des Kassationshofes zu vertagen. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Der Nationalist Massabuau tritt dafür ein, daß Gerechtigkeit und Justiz außenander gehalten werden; Freycinet können und dürfe sich nicht einmengen, das Land erwarte in Ruhe die Entscheidung der Justiz. Massabuau schloß seine Rede mit einem Angriff auf die Hochfinanz. Millerand (Sozialist) erklärt, es stehe der Regierung zu, die kriegsgerichtliche Verhandlung gegen Picquart zu vertagen; es werde keine Verwirrung der Befugnisse der Staatsgewalten geben. Redner sucht nachzuweisen, daß der Kriegsminister einschreiten und den Zeitpunkt für den Zusammentritt des Kriegsgerichts abändern kann. Es müsse vermieden werden, daß es zu einem Widerspruche zwischen der Entscheidung des Kriegsgerichts und der des Kassationshofes komme. Ein Konflikt zwischen der Militair- und der Ziviljustiz dürfe nicht entstehen. Während der Rede Millerands muß der Präsident zu verschiedenen Malen gegen Unterbrechungen einschreiten. Cassagnac (kons.) sagt, man müsse die Justiz ihren Weg gehen lassen, die Militairjustiz müsse frei sein wie die Ziviljustiz. (Beifall rechts.)

Poincaré: Man dürfe die Armee nicht mit unklugen Persönlichkeiten verwechseln. Er erkläre ausdrücklich, er wolle nicht den geringsten Verdacht gegen die Mitglieder des Kriegsgerichts aussprechen, aber die Verfolgungen hätten den Charakter von Repressalien. (Beifall.) Die Geheimhaft Picquarts sei über die Maßen verlängert worden, es gebe Schuldige, die sich einer Anstoß erregenden Straffälligkeit erfreuten (Beifall), es gebe andere Fälscher, als Picquart, die nicht verfolgt würden. Die Ungerechtigkeiten führten schließlich dazu, daß man außer sich geraathe. (Wiederholter Beifall.) Poincaré fügt hinzu: „Man hat uns gelegentlich des Prozesses von 1894 angegriffen; ich habe die Akte aus den Zeitungen erfahren." (Beifall und Lachen.) Barthou: „Ich bin bereit, die Erklärungen Poincarés, die der Ausdruck der Wahrheit sind, zu bestätigen." (Lebhafter Beifall; Ausrufe: „Das ist wahnsinnig, das ist unsichtlich".) Poincaré fährt fort: „Der einzige Beweis für die Schuld Dreyfus' war 1894 das Bordereau. Weder der Ministerpräsident, noch irgend ein Minister hat von den Geständnissen Dreyfus' gehört, die Lebrun-Renault entgegengenommen habe." (Beifall.) Cavaignac ruft „General Mercier hat sie empfangen." Poincaré fortfahrend: „Lebrun-Renault hat, als er von dem Ministerpräsidenten betraut wurde, nicht von den Geständnissen Dreyfus' gehört." (Beifall auf allen Bänken.) Cavaignac will sprechen, wird aber durch den herrschenden Lärm daran gehindert. Poincaré schließt: „Das Schweigen lastete auf mir; ich bin glücklich, die Gelegenheit zu ergreifen, um zu sagen, was ich wußte." (Erneuter Beifall.)

Cavaignac ruft Poincaré die Tribüne und führt aus, Mercier habe die Zeugenaussage Lebrun-Renaults über die Geständnisse Dreyfus' entgegengenommen. Der Bericht Lebrun-Renaults existire (Lärm; Rufe „Das Datum"). Redner fährt fort: „Ich messe den Zeugenaussagen der Zeitgenossen Bedeutung bei; der Bericht existirt, vielleicht hat aber Lebrun-Renault seine Aussage seitdem zurückgenommen." (Zischen rechts.) Ich habe meinen Irrthum zugegeben, als ich die Fälschung Henrys zur Anzeige brachte. (Beifall.) Man versucht heute, die Debatte auf das politische Gebiet zu ziehen, die Debatte sollte aber nicht von ihrem eigentlichen Gegenstande abgezogen werden."

Kriegsminister Freycinet erklärt: „Als wir die Regierung übernahmen, waren die Verfolgungen schon eingeleitet. Unsere einzige Sorge war, der Wahrheit zu ihrem Rechte zu verhelfen. Wir werden uns nicht weigern, dem Kassationshofe alle Schriftstücke zugehen zu lassen, unter Vorbehalt alles Dessen, was die nationale Vertheidigung angehen könnte. (Beifall.) Der oberste Gerichtshof ist mit der Angelegenheit befaßt, und es liegt im öffentlichen Interesse, daß die Angelegenheit, welche das Land bewegt, nicht in die Länge gezogen werde. Der Militair-Justiz ist auf Befehl des Gouvernements von Paris, dessen Lob nicht erst verkündet zu werden braucht (Beifall), in regelrechter Weise die Verfolgung Picquarts übertragen worden. Wir wollen Alle wollen Licht, und Licht wird gemacht werden. Die Regierung bestimmt von der Kammer, daß sie ihre Initiative, daß sie die Unabhängigkeit der Justiz achte, und daß sie die Regierung nicht auffordere, die oder jene Haltung zu beobachten." (Beifall.)

Nach einer Erwiderung Millerands, der auf Vertagung des Prozesses Picquarts bestehe, ergreift Ministerpräsident Dupuy das Wort. Derselbe sagt: Es ist gut, daß die Angelegenheit Dreyfus' auf ihrem gerichtlichen Boden verbleibe; dies sei das einzige Mittel, Licht zu schaffen. Redner fragt, weshalb Poincaré so lange gewartet habe, um die Wahrheit an den Tag zu bringen. (Lebhafter Beifall.) „Wir weigern uns, die Vertagung des Kriegsgerichts gegen Picquart anzuordnen. (Beifall.) Einen solchen Befehl zu geben, selbst wenn wir das Recht dazu hätten, hieße das Prinzip der Trennung der Gewalten verletzen. Wir thun es nicht aus Eigensinn, sondern wegen der schlechten Auslegung, die das Land unserm Befehl geben würde. (Beifall.) Die politische Gewalt hat hier nicht zu intervenieren; es würde dies zur Willkür führen. Parlament und Regierung haben nicht zu urtheilen über einen Zusammenhang, welcher zwischen den Angelegenheiten Dreyfus und Picquart bestehen könnte. Unsere Intervention würde den Charakter eines Einspruches haben. Nichts kann das Werk des Kassationshofes aufhalten." Der Kassationshof wisse, wie weit seine Rechte gehen, und an ihm sei es, dieselben geltend zu machen. Vor 14 Tagen habe der Kassationshof um Mittheilung der Picquart betreffenden Akten ersucht, da aber die Untersuchung im Gange war, so seien nur Abschriften derselben ihm zugestellt worden. Jetzt sei die Untersuchung beendet, und wenn der höchste Gerichtshof die Aktenstücke jetzt verlange, so werde die Regierung selbst sie ihm zugehen lassen. Wir bleiben unserer Erklärung treu, und werden die Entscheidungen der Justiz achten. Wir sind eine Regierung des Gesetzes, wir lehnen es ab, eine Regierung der Willkür zu sein." (Lang anhaltender Beifall.)

Ribot billigt die Erklärung der Regierung, daß sie die Trennung der Gewalten achte, meint aber, die Regierung sei Herrin, was die Opportunität des Datums der Einberufung des Kriegsgerichts angehe.

Hiernach wird Schluß der Diskussion ausgesprochen. Es sind zehn Tagesordnungen eingebracht. Die Regierung nimmt die Tagesordnung Dujardin an, welche besagt, die Kammer gebe zur Tagesordnung über, indem sie die Erklärungen der Regierung, welche das Prinzip der Trennung der Gewalten respektire, billige. Die Tagesordnung Dujardin wird schließlich mit 437 gegen 73 Stimmen angenommen.

* * *

In den Wandelgängen der Kammer herrschte gestern nach der Sitzung fast einstimmig die Ansicht, daß die Sprache Dupuys die eines wirklichen Staatsmannes war. Dupuy habe es zwar energisch abgelehnt, den Aufforderungen Derer, welche die Vertagung der Verhandlungen vor dem Kriegsgericht auf ein späteres Datum verlangen, nachzugeben, dabei aber klar zählen lassen, daß eine Lösung in diesem Sinne sofort eintreten könne, wenn der Kassationshof Vorlegung des Rohrpostbriefes („petit bleu") verlange. Man hält die Rede Dupuys für eine direkte Aufforderung an den Kassationshof, diesen Antrag, dem die Regierung sofort Folge geben werde, zu stellen. Ferner wurde die Stelle in der Rede Dupuys viel besprochen, in der er sagte, der Kassationshof habe vor 14 Tagen die Picquart-Akten verlangt, doch hätten ihm, da die Untersuchung gegen Picquart noch schwebte, nur Abschriften überreicht werden können; wenn hingegen der Kassationshof die Akten jetzt verlange, werde ihm die Regierung selbst die Akten liefern. Diese Erklärung Dupuys wird dahin gedeutet, daß der Kassationshof die Akten verlangen wird und der Prozeß Picquart dadurch nothgedrungen vertagt werden muß.

* * *

Eine von Anhängern Dreyfus' in der Rue du Bac einberufene Versammlung veranstaltete eine Kundgebung zu Gunsten Picquarts. Die Theilnehmer waren vornehmlich Studirende und Professoren. Die Straße wurde bald abgesperrt, so daß Pressensé, Mirbeau, Vaughan u. A., die zu reden beabsichtigten, nicht in den Saal gelangen konnten. Diese hielten in einem benachbarten Café eine Zusammenkunft ab. In der Hauptversammlung in der Rue du Bac sprachen der Akademiker Duclaux, ferner Anatole France, Reclus und Andere. France wandte sich gegen die Verfügung des Generals Zurlinden und erhob die Aufforderung, die Agitation fortzusetzen, bis Picquart freigelassen sei. Die Anwesenden nahmen eine Tagesordnung an, die dagegen Einspruch erhebt, daß Picquart, weil er Anhänger der Revision des Dreyfus-Prozesses sei, verfolgt werden solle. Die Versammlung ging verhältnißmäßig ruhig auseinander.

Ferner veranstalteten am Montag Abend mehrere Tausende eine Kundgebung vor dem Gefängniß Cherche-Midi und brachten Hochrufe auf Picquart und Pfuirufe auf Rochefort und Drumont aus. Die Polizei zerstreute die Menge und verhaftete mehrere Personen. Später versuchte eine Gruppe von nur etwa 200 Personen unter Schmährufen auf Picquart sich dem Gefängnisse zu nähern. Zwischen den beiden Parteien kam es verschiedentlich zu Schlägereien. Noch spät Abends dauerten vor dem Gefängnisse die Hochrufe auf Picquart fort. Die vorgenommenen Verhaftungen wurden nicht aufrecht erhalten.

* * *

Der Akademiker Sully Prudhomme, welcher in dem Disziplinarrathe der Ehrenlegion für Streichung Zolas aus den Listen der Ehrenlegion gestimmt hatte, erklärt in einer Zuschrift an den „Temps", er schließe sich Jenen an, welche verlangen, daß die Militairjustiz dem Kassationshofe den Vortritt lasse.

* * *

Dreyfus dankte seinem Vertheidiger Demange telegraphisch dafür, daß er ihn nicht verlassen habe, und ersuchte um Zusendung der Fragen, welche er beantworten soll.

* * *

Eine Pariser Depesche von heute Mittag berichtet zur Situation: Die Organe der Nationalisten feiern die gestrige Abstimmung in der Kammer als einen Triumph der Armee. Die revisionistischen Blätter greifen die Kammermehrheit scharf an und machen ihr zum Vorwurf, daß sie stets fliehe, wenn sie irgendwelche rühmliche Verantwortung auf sich nehmen solle. Gleichwohl sei, dank den Erklärungen Poincarés und Barthous, der moralische Sieg auf Seite der Vertheidiger von Gerechtigkeit und Wahrheit geblieben. — In einem Interview mit einem Redakteur des „Figaro" erklärte der Ministerpräsident Dupuy: „Wir leben seit achtundzwanzig Jahren von einer frommen Zweideutigkeit; Armee und Demokratie bestehen nebeneinander, obwohl sie entgegengesetzte Grundlagen haben. Eine Schwächung der Armee gefährdet die Unabhängigkeit des Landes; werden die Traditionen der Armee aufrecht erhalten, so beunruhigt sich die bürgerliche Gesellschaft unter Berufung auf die Freiheit. Gleichwohl habe ich Vertrauen in die Lebenskraft des Landes." — Der Kassationshof dürfte, wie die Blätter melden, heute nach der Sitzung des Senats die Picquart betreffenden Akten verlangen, so daß die Interpellationen im Senat wegfallen würden.

* * *

Die spanisch-amerikanische **Friedenskommission in Paris** tagte gestern Nachmittag etwa drei Viertelstunden. Die Spanier nahmen die Bedingungen der Amerikaner an, nämlich: Aufgabe der Philippinen und des Sulu-Archipels gegen eine Entschädigung von 20 Millionen Dollars; Amerika kauft ferner alle Karolinen-Inseln. Die Fragen, betreffend die kubanische Schuld, bleiben in der Schwebe. Die nächste Sitzung der Kommission findet am Mittwoch statt. — Gleichzeitig erklärt das Staatsdepartement in Washington, die Abtretung der Sulu-Inseln an Amerika bedeute keine Erweiterung der amerikanischen Forderungen, da die Sulu-Inseln in den ursprünglichen Forderungen Amerikas als ein Theil der Philippinen-Gruppe inverkannt und ganz speziell in dieselben eingeschlossen worden seien. Was die an Deutschland und Großbritannien auf den Sulu-Inseln ertheilte Konzession betreffe, so werde es später entscheiden werden, welche Wirkung die Annexion auf diese Konzessionen habe. Ein Prägedenfall liege vor in der Einverleibung Madagaskars durch Frankreich; damals habe der von Amerika mit Madagaskar abgeschlossene Handelsvertrag dem französischen Zolltarif weichen müssen. Deshalb könne nicht im Voraus gesagt werden, ob die besonderen Vorrechte Deutschlands und Großbritanniens auf den Sulu-Inseln würden beibehalten werden.

Von den Besitzungen Spaniens im Stillen Ozean bliebe jetzt nur noch die Inselgruppe der Marianen übrig, deren Hauptinsel Guam jedoch ebenfalls von den Amerikanern schon besetzt ist; vielleicht wird sich die Mittwochssitzung der Kommission noch damit beschäftigen. Alle anderen spanischen Kolonieen befinden sich am Westrande des afrikanischen Kontinents. Im Süden befindet sich die kleine, nur 14 Qu.-Kilom. große Insel Corisco an der gleichnamigen Bai unweit der Gabun-Mündung nebst den unbedeutenden Elobp-Inseln, meerwärts die 17 Qu.-Kilom. große Insel Annobon, von 2000 bis 3000 schwarzen Mischlingen bevölkert. Im Ostminkel des Guineabusens folgt die fruchtbare Insel Fernando Po (1998 Quadrat-Kilom., etwa 25 000 Einw.). Zwischen Kap Blanco und Kap Bojador ist die Rio de Oro genannte Küste ebenfalls spanisch; ihr gegenüber liegen die Kanarischen Inseln (7624 Quadrat-Kilom. mit fast 300 000 Einw.), nunmehr Spaniens bedeutendste Besitzung außerhalb Europas, denn die „Presidios" an der marokkanischen Küste (Ceuta, Penon de la Gomera, Alhucemas, Melilla und die drei Islas Chafarinas) zählen nur 66 Qu.-Kilom. mit 15 799 Einwohnern.

* * *

Ein Telegramm aus Washington vom Montag lautet: Da Spanien die Friedensbedingungen angenommen hat, werden Anordnungen getroffen, um 30 bis 40 000 Mann von der Waffe zu entlassen. Die Streitkräfte auf den Philippinen sollen jedoch gegenwärtig nicht verringert werden.

* * *

Dem „Bureau Reuter" geht folgende Meldung aus Manila zu: „Aguinaldo hat ein zweites Schreiben an den amerikanischen General Otis wegen der spanischen Gefangenen gerichtet. Er weigert sich nochmals, die gefangenen Geistlichen und Zivilisten, welche gegen die Insurgenten die Waffen ergriffen haben, freiwillig zu entlassen. Die Zeitungen der verschiedenen Städte erbrachten den Beweis, daß die Geistlichen sehr lästige und rachsüchtige Agenten wären, welche Leben und Ehre gänzlich unschuldiger Eingeborener gefährdet hätten. Aguinaldo beruft sich auf das Völkerrecht und dessen Bestimmungen über Repressalien. Er habe ein Recht, die Gefangenen einstweilen nicht freizugeben. Hoffentlich würden die Spanier dadurch veranlaßt werden, den Philippinern die Freiheit zu geben und die Eingeborenen, deren einziges Verbrechen die Freiheitsliebe wäre, nicht mehr zu foltern und niederzuschießen. Deshalb habe er in seinem früheren Schreiben gesagt, daß das internationale Gesetz sich vor den gerechten Wünschen des Volks beugen möchte. Er habe sagen wollen, daß unter bestehenden Verhältnissen anerkanntes Recht vor den Wünschen Derjenigen, welche um das Wesen dieses Rechts kämpften, weichen müsse. Das Recht, die spanischen Gefangenen gefangen zu halten, bis der Vatikan die Rechte der politischen Geistlichen und Laien anerkenne oder bis die beiderseitigen Gefangenen ausgewechselt würden, nehme er in Anspruch."

* * *

In Havana hat sich am Montag ein schweres Unglück ereignet. Durch die Explosion einer Anzahl Kisten, welche mit Geschützpulver und Gewehrpatronen gefüllt waren und in einem Hause lagerten, wurden ungefähr 40 Personen getödtet.

Marschall Blanco hat sich bereits, nach in Madrid eingelaufenen Meldungen, nach Spanien eingeschifft. — Vier Kompagnieen amerikanischer Ingenieure landeten am Sonnabend in Plaza de Marianao, Provinz Havana.

In der italienischen Deputirtenkammer kam gestern die Politik Italiens, betreffend **Erythräa**, zur Sprache; es wird berichtet:

Daniell, Carl di Rubini und di San Giuliano bringen eine Interpellation über die Kolonialpolitik ein. Ministerpräsident Pelloux erwidert, daß bei einer Fortführung der seit 1892 und 93 begonnenen, den Verhältnissen entsprechenden Politik der Sammlung und des Friedens für das Budget von Erythräa der Betrag von 7 Millionen genüge. Pelloux erklärt weiter, er sei ein warmer Anhänger der Einsetzung einer Zivilregierung in Erythräa. Darauf führt der Minister des Auswärtigen Canevaro aus, die Regierung werde ihr Möglichstes thun, um Verwicklungen in der Erythräa zu vermeiden. Italien sei den Streitigkeiten zwischen Menelik und Ras Mangascha völlig fremd und werde es auch bleiben. Die Erklärungen, die Menelik Cicco di Cola abgab, seien völlig beruhigend. Wenn Menelik auf dem Marsche gegen Ras Mangascha, welcher im Begriff sei, sich zurückzuziehen, auch von der neuen Grenze Besitz zu nehmen beabsichtige, so seien die Beziehungen Italiens zu Menelik doch derartige, daß eine freundschaftliche Verständigung in jedem Falle gesichert erscheine. Redner erklärt, es sei unmöglich, gegenwärtig noch weitere die Ausgaben für die Erythräa herabzusetzen, weil man nicht ohne Gefahr die einheimischen Streitkräfte der kolonialen Armee vermindern könne. Canevaro bestätigt, daß loyale und freundschaftliche Verhandlungen mit Menelik betreffend die Abgrenzung des Besitzes Italiens im Hochplateau geführt würden. Die Regierung beabsichtige, weder die Kolonie aufzugeben, noch eine Politik der Eroberung wieder aufzunehmen, sie werde eine Politik der Sammlung und des Friedens einleiten und setze sich besonders zum Ziele, die Kolonie zu organisiren, um ihre wirthschaftlichen und Handelsinteressen zu entwickeln. Die Einrichtung einer Zivilregierung bewirkt, so schließt der Redner, „daß wir ganz und gar gegen eine Politik der Eroberungen sind; aber wenn wir auch keine Eroberungen wollen, so beabsichtigen wir doch keineswegs irgend einen Theil unseres Gebietes aufzugeben." Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Die Meldung, daß auf den **Tschusan-Inseln** (in der chinesischen Provinz Tschekiang, südlich von der Mündung des Yangtse-Kiang ins chinesische Meer gelegen) die **britische Flagge** gehißt sei, wird jetzt durch das „Reuterische Bureau" dahin dementirt, daß diese Nachricht jeglicher Begründung entbehre.

* * *

Laut einer Londoner Depesche erklärte Oberst Lewis, welcher im vorigen Jahr nach Wei-hai-Wei gesandt war, um den Platz von militairischem Standpunkt aus zu begutachten, einem Vertreter des „Reuterschen Bureaus" in einem Interview, daß **Wei-hai-Wei** (nördlich von Seemännischen, wie vom militairischen Standpunkt aus für als wertvoller erweisen werde, als irgend einer der früher besetzten Häfen und als bedeutend vortheilhafter als Port Arthur; es sei wohl möglich, daß Wei-hai-Wei eine der besten Stationen unter allen britischen Besitzungen werden könnte.

* * *

Das vorgenannte Telegraphenbureau erhält ferner aus **Peking** vom 26. November eine Reihe theils schon telegraphisch erwähnter Mittheilungen über die dortigen Vorgänge, denen Folgendes entnommen ist:

Die Vorgänge im Palaste in Peking werden noch immer in das tiefste Geheimniß gehüllt. Der Kaiser ist sicher noch am Leben. Politisch aber ist er todt. Mehrere Söhne von Prinzen wohnen gegenwärtig im Palast, bereit, jederzeit im Falle des Ableben des Kaisers die Thronfolge anzutreten. Auf wen die Wahl fallen wird, ist wahrscheinlich noch nicht entschieden. Die beiden Söhne Prinz Kee und Kang Yi sind jetzt allmächtig, obgleich man behauptet, daß es schon zu Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen genommen ist, und Tung Fu Tschiang, der Befehlshaber der Kanglu-Truppen, soll bei der Kaiserin großen Einfluß erlangt haben. Er selber bleibt in Peking. — Die chinesische Regierung bemüht sich, die Gesandten zu veranlassen, die in Peking liegenden europäischen Truppen fortzuziehen. Ihre Gegenwart sei nunmehr unnöthig geworden. — Die Verhandlungen wegen des Empfanges der Damen des diplomatischen Korps bei der Kaiserin-Wittwe sind wieder eröffnet worden. Das diplomatische Korps hat einen Entwurf über das dabei zu beobachtende Zeremoniell aufgesetzt. Einige Gesandte sind ganz gegen den Empfang. Sie meinen, er bedeute eine amtliche Anerkennung der Herrschergewalt der Kaiserin. Die meisten Gesandten legen aber der Sache keinerlei amtliche Bedeutung bei.

* * *

Nach einer Meldung der „Times" aus Shanghai sind die Verhandlungen zwischen dem **Vizekönig von Nanking** und dem **französischen Konsul** wegen des Streites mit der Ningpo-Gilde augenscheinlich vollständig ins Stocken geraathen, da die letztere Forderungen stellt, über welche zu verhandeln der französische Konsul sich weigert. Der Vizekönig hat nunmehr an den Taotai von Shanghai telegraphirt, daß die Truppen im Yangtse-Gebiet alle Vorbereitungen treffen, um den Feindseligkeiten Widerstand entgegenzusetzen, mit denen der französische Konsul angeblich gedroht hat, und welche die Chinesen für unmittelbar bevorstehend halten.

Zur **parlamentarischen Lage** in **Japan** besagt ein Telegramm des „Reuterschen Bureaus" aus Yokohama: Nach längeren Bemühungen ist nunmehr für ein Bündniß zwischen den Liberalen und der Regierung die Form gefunden. Die Liberalen stimmen jetzt unter bestimmten Bedingungen einer Unterstützung des Ministeriums für die Dauer der jetzigen Parlamentssession zu. Man glaubt, Marquis Ito, der soeben von China hierher zurückgekehrt ist, habe einen großen Antheil an diesem Ergebniß.

Aus dem Swatthale in Tschitral, dem nordwestlich an **Britisch-Indien** grenzenden und zu diesem bekanntlich in einem Vasallen-Verhältniß stehenden Gebirgsstaate, kommen folgende Depeschen über eine Aufstandsbewegung:

London, 28. November. Wie das „Reuterche Bureau" erfährt, ist bei dem indischen Amte die Meldung eingegangen, daß der Mullah von Hadda seine Operationen im Swatthale begonnen habe. Wahrscheinlich würden britische Truppen entsandt werden müssen.

Khar, 27. November. („Reut. Bur.") Der Mullah hat den Swatfluß überschritten. Es sollen Gefechte stattgefunden haben. — Der politische Agent für Dir und Swat, Major Deane, verhandelt augenblicklich mit dem Brigadegeneral Reid über die zu ergreifenden Maßregeln.